



Ansprechpartner/in Frau Schwerdt
Telefon 02486/8010-22
Telefax 02486/8010-25
E-Mail chantal.schwerdt@wald-und-holz.nrw.de

Datum 22.12.2022
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)
300-11-12.001/22/06

Öffentliche Bekanntgabe

**des Ergebnisses der *standortbezogenen* Vorprüfung mit der Feststellung,
dass nach den §§ 6 bis 14 für das Vorhaben eine
Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht.**

Die Feststellung trifft das *Regionalforstamt Hocheifel-Zülpicher-Börde* auf Antrag zur Neuanlage von Wald (Erstaufforstung) nach § 41 Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW):

Antrag auf Neuanlage von Wald (Erstaufforstung)

in der Gemeinde:	Vettweiß
Kreis:	Düren
Gemarkung:	Vettweiß
Flur/e:	11
Flurstück/e:	200, 201, 202, 227
mit einer Größe von:	36.036 m²
zur Änderung der Nutzungsart in:	Wald

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 als „Erstaufforstung“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesem Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gem. § 7 Abs. 4 UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Merkmale des Vorhabens, des Standortes des Vorhabens und der Art und Merkmale möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter nicht zu erwarten sind.

Die Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Die wesentlichen Gründe nach § 5 Abs. 2 UVPG für das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 sind der nachstehenden Gesamteinschätzung zur *standortbezogenen* Vorprüfung zu entnehmen:

Es liegen keine besonderen örtlichen Gegebenheiten gem. den unter Nummer 2.3 der Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Schutzkriterien vor, die von der beantragten Restaufforstung betroffen sein werden. Es besteht keine UVP-Pflicht, da keine in Anlage 3 zum UVPG genannten Schutzgüter direkt vom Vorhaben betroffen sind oder unmittelbar angrenzen, sodass sie möglicherweise beeinträchtigt werden können.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

gez.

Schwerdt